

CSU umwirbt Gegner der Gentechnik

· Vorstoß Seehofers in Brüssel

Über den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen sollen künftig die Mitgliedstaaten der Europäischen Union entscheiden. Mit diesem Vorschlag will der Bundesagrarminister Horst Seehofer (CSU) eine Rechtsgrundlage für gentechnikfreie Zonen erreichen.

Von Bernhard Walker, Berlin

Seitdem er Agrarminister ist, erlebt Horst Seehofer vor allem bei seinen öffentlichen Auftritten in Baden-Württemberg und in seiner bayerischen Heimat immer die gleiche Szene: Vertreter von Umweltverbänden, von kirchlichen Gruppen oder der Landfrauen mahnen ihn, den Einsatz von grüner Gentechnik in der Landwirtschaft zu stoppen. Da die Genskepsis auch in seiner eigenen Partei, der CSU, weit verbreitet ist, hat der Bundesminister gemeinsam mit der SPD Regeln durchgesetzt, die den „Gen“-Anbau in der kleinflächigen Agrarstruktur des Südens weitgehend unterbinden: Baut jemand gentechnisch veränderten Mais an, muss er Mindestabstände von 150 Metern einhalten, wenn sein Nachbar ohne Gentechnik arbeitet. Gegenüber ökologischen Maiskulturen gilt gar ein Abstand von 300 Metern.

Gleichwohl muss sich Seehofer von vielen Gentechnikgegnern weiter kritische Fragen gefallen lassen. Sie verweisen darauf, dass fünf EU-Staaten – unter ihnen Frankreich und Österreich – den Anbau von Genmais Mon 810 verboten haben. Die österreichische Regierung hat zudem die Einfuhr eines anderen Genmaises und einer Rapsorte unterbunden. Während Seehofer meint, dass solche nationalen Alleingänge rechtlich schwierig sind, handeln Paris und Wien recht unbekümmert. Die französische und die österreichische Regierung verweisen darauf, dass EU-Staaten den Einsatz von gentech-

nisch veränderten Organismen einschränken und verbieten können, wenn dafür neue wissenschaftliche Einsichten über Folgen ihrer Nutzung oder sogenannte andere legitime Faktoren sprechen.

Aufgrund dieser Regelung hatten die Grünen Mitte Januar im Bundestag beantragt, in Deutschland den Verkauf des Genmaises Mon 810 zu stoppen. Das von diesem Mais produzierte Gift, so die Grünen, wirke sich nicht nur wie beabsichtigt auf Maisschädlinge aus, sondern habe – was nicht gewollt sei – auch Folgen für die Bodenökologie und Organismen wie zum Beispiel Köcherfliegenlarven. Diesen Antrag lehnten Union, SPD und FDP allerdings ab.

Aus der misslichen Lage – Warum unterlässt Deutschland, was andere EU-Staaten sehr wohl tun? – sucht der Minister nun einen Ausweg. Wie von der SPD schon vor einiger Zeit vorgeschlagen, regt Seehofer eine Änderung des EU-Rechts an. Demnach soll Brüssel für die Zulassung von gentechnisch veränderten Pflanzen zuständig sein, während die Mitgliedstaaten selbst entscheiden, ob sie diese überhaupt zum Anbau freigeben. Damit soll es möglich werden, dass sich in den EU-Ländern eine Region oder ein Landkreis zur gentechnikfreien Zone erklären. Ob sich die EU auf diese Arbeitsteilung einlässt, ist allerdings offen. Und die SPD hegt den Verdacht, dass es Seehofer weniger darum geht, in Brüssel für eine Änderung zu kämpfen, als vielmehr im laufenden bayerischen Landtagswahlkampf eine Beruhigungspille an die Gengegner zu verteilen. Deshalb betont der SPD-Abgeordnete Ulrich Kelber, dass der Bundestag noch vor der Bayern-Wahl am 28. September einen Beschluss zur Neugliederung der Kompetenzen fassen müsse.